

Überblick über Kürzungen im Naturschutz im Jahr 2009

1 Anlass und Aufgabenstellung

Bereits 2008 gab es zahlreiche Meldungen von Kürzungen von bewährten und erfolgreichen Naturschutzprojekten aus ganz Baden-Württemberg. Herr Minister Peter Hauk hatte sowohl bei einem Pressetermin mit dem NABU im Lebensraum der Äskulapnatter am 31. Juli 2008 als auch bei der Auftaktveranstaltung für die Naturschutzstrategie des Ministeriums für Ernährung und Ländlichen Raum am 18. Mai 2009 erfreulicherweise versichert, dass es keine Kürzungen dieser erfolgreichen und langjährigen Naturschutzprojekte geben darf – mögliche Kürzungen wieder rückgängig gemacht würden. Anfang/ Mitte Mai 2009 wurde dies auch vom Ministerium für Ernährung und Ländlicher Raum (MLR) mitgeteilt, dass mit den Naturschutzmitteln wie im Vorjahr zu rechnen sei.

Die Nachricht von Kürzungen wurde am 5. Juni, wenige Tage nach der Auftaktveranstaltung zur Naturschutzstrategie, vom MLR verkündet. Seit dieser Zeit, aber auch schon wenige Wochen vorher, haben sich – wie im Vorjahr – beim NABU Baden-Württemberg die Meldungen über Kürzungen von Naturschutzmaßnahmen von NABU-Gruppen, Landkreisen, Städten und Gemeinden gehäuft. Der NABU wurde um Unterstützung gebeten, weil wichtige, erfolgreiche und seit Jahren laufende Naturschutzprojekte von den Kürzungen betroffen seien. Die Äußerungen von Mitarbeitern aus dem ehren- und hauptamtlichen Naturschutz erfolgten unter der Voraussetzung, dass die Informationen – bis auf wenige Ausnahmen – vertraulich behandelt werden.

Im vorliegenden Überblick über die aktuelle Situation im Naturschutzhaushalt werden die eingegangenen Meldungen ausgewertet und so dargestellt, dass von den anonymisierten Informationen auf regionale oder landesweite Trends geschlossen werden kann.

Diese Dokumentation erhebt nicht den Anspruch vollständig zu sein. Sie ist jedoch ein wertvolles Instrument zur Situationsbestimmung im staatlichen Naturschutz.

2 Naturschutz im Staatshaushalt des Landes Baden-Württemberg

In der mittelfristigen Finanzplanung für den Staatshaushalt des Landes Baden-Württemberg 2009 war ursprünglich eine Mittelerhöhung von rund 3 Mio. Euro im Vergleich zum Vorjahr vorgesehen. Die Erhöhung wurde in dieser Höhe nicht realisiert. Die Landeshausmittel für Naturschutz und Landschaftspflege wurden im Planansatz nur leicht erhöht:

Staatshaushalt Baden-Württemberg – Naturschutz

Planansatz	Betrag in Mio. €
2008	27,15
2009	28,40
Erhöhung	1,25

Hinzu kommen durch EU-Kofinanzierung: Je 7 Mio. € ELER-Mittel für '08 und '09 und Mittel für die LIFE+-Projekte. Fraglich ist allerdings, in welcher Höhe die Mittel von rund 27 bis 28 Mio. € durch die EU kofinanziert werden.

3 Warum gibt es 2009 trotz zusätzlicher Mittel für Naturschutz Kürzungen vor Ort?

Die Mittelzuweisungen erfolgen durch das Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum (MLR) auf Grundlage der Mittelanforderungen der Regierungspräsidien (RPs) als Gesamtbeträge mit Priorisierung.

Aufgrund der Zunahme der Pflichtaufgaben im Naturschutz, wie die Erstellung von Managementplänen für Natura 2000-Gebiete (MaP), Mittel für das Biosphärengebiet und Kofinanzierungsmittel für die LIFE+-Projekte sowie Extensivierungsverträge nach Teil A der Landschaftspflegeleitlinie, bleiben *de facto* immer weniger Mittel für praktische Landschaftspflegemaßnahmen (z.B. Kreispflegeprogramme, Pflegemaßnahmen von Naturschutzverbänden, Landschaftspflege-Betriebe etc.). Der Landesanteil der LIFE+-Mittel „Vogelschutz im Albvorland“ ist nach unserem Kenntnisstand von den Landschaftspflegemitteln abgezogen worden. Wahrscheinlich werden die Personalmittel für das Biosphärengebiet auf den Posten „Landschaftspflegemittel“ gebucht.

In der Bedarfsmeldung der RPs wurden landesweit 31 Mio. € für Maßnahmen nach der Landschaftspflegeleitlinie aufgeführt. Zugewiesen durch das MLR wurden 24,4 Mio. € sowie im Nachgang nochmals 1 Mio. €, also insgesamt 25,4 Mio. €.

Diese verteilen sich unterschiedlich auf die einzelnen RPs, je nachdem ob PLENUM- oder LIFE+-Gebiete vorhanden sind. Im RP Tü kommt das Biosphärengebiet hinzu. Außerdem zahlt Stuttgart z.B. den Landeszuschuss an den LNV, andere RPs haben Mittel für andere Landesaufgaben, daher ist ein Vergleich schwierig.

Während die Rückmeldungen aus den Regierungspräsidien vom Anfang Juli deutliche Fehlbeträge zwischen den nachturschfachlich prioritären LPR-Anträgen und den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln aufweisen, hat das MLR dem Fachausschuss für Naturschutz geänderte Zahlen übermittelt. Dem NABU war es nicht möglich diese Zahlen zu überprüfen.

RP	Rückgang der Mittel von 2008 auf 2009 (ca.-Beträge, in Mio. €) NABU-Informationsstand 09.07.09	Fehlbetrag nach Nachbewilligung von 0,25 Mio. € pro RP (in Mio. €)	
		NABU-Informationsstand 09.07.09	Mitteilung des MLR 16.07.09
Karlsruhe	- 0,7	- 0,45	- 0,2
Stuttgart	- 1,3	- 1,05	0,03
Freiburg	- 1,5	- 1,25	- 0,4
Tübingen	0	0,25	0,96

Gegenüber 2008 stehen für 2009 wahrscheinlich also 2,5 Mio. € weniger Mittel für Naturschutzmaßnahmen zur Verfügung!

Die Maßnahmen werden seitens des MLR priorisiert:

- Vorrang haben MaP's. PLENUM, LIFE+, Biosphärengebiet etc., also die „Leuchttürme“ sowie längst überfällige Natura 2000 Pflichtaufgaben, Landschaftspflegeverbände sowie Vertragsnaturschutz nach Teil A der Landschaftspflegeleitlinie.
- Keine Priorisierung haben klassische Landschaftspflegemaßnahmen (Biotop- und Artenschutz - Teil B), Grunderwerb (Teil C), Investitionen (Schafställe, Geräte etc. – Teil D) sowie Dienstleistungen (Teil E).

Daher gibt es in der klassischen Landschaftspflege natürlich erhebliche Mittelkürzungen zu Lasten von „Leuchtturmprojekten“. Dies betrifft die Pflegemittel für die Landkreise (Kreispflegeprogramme) sowie die von den Referaten 56 und den Unteren Naturschutzbehörden direkt vergebenen Pflegeaufträge an Landwirte, Verbände etc.

Es gibt zusätzliche Probleme, welche zu einem weiteren Mittelbedarf bzw. derzeit zur schlechten Mittelsituation im Naturschutz führen:

- Die **Kofinanzierung von Zuschussmaßnahmen** der Verbände (70%-Förderung) wurden 2009 generell gestrichen, nicht nur in Verdichtungsräumen. Die EU sieht die Aktivitäten der Verbände als kritisch an, da sie als Eigenleistung eingestuft werden können. (Dieser Argumentation muss nicht gefolgt werden, da auch bei anderen Beauftragungen ähnliche „Eigenleistungen“ erbracht werden. Darf eine UNB die Rechnung eines Landschaftspflegebetriebs nicht begleichen, weil seine Arbeitsstunden ja Eigenleistung sein könnten? Natürlich.)
Ergänzende Information: Um den bürokratischen Aufwand zu minimieren, hatte man für Zuschussanträge für Umweltverbände eine Bagatellgrenze von 2000 € eingeführt, bei der kein EU-Antrag ausgefüllt werden musste (Zuschuss ausschließlich mit Landesmitteln). Die fehlende Kofinanzierungsmöglichkeit betrifft nun auch die Anträge mit einem Volumen über 2 T€.
- Die **Kofinanzierung für Maßnahmen mit „Eigenleistungen“** ist zukünftig nur bei Beauftragung der Verbände durch Landratsämter als „Auftragsarbeit“ möglich; jedoch nicht auf einer Flächenberechnung (ist in der Prüfung), sondern nur über den Stundensatz (2,50 € im Ehrenamt) und die Maschinenkosten.

In der Stuttgarter Zeitung vom 25.06.09 hat Herr Minister Peter Hauk als Hauptursache der derzeitigen Situation die nicht abgerufenen Mittel benannt. Dazu ist Folgendes zu sagen:

- In 2008 kam der Kassenanschlag erst Mitte des Jahres (Mitte Juli 2008), so dass nicht mehr alle Gelder abgerufen werden konnten und sogar Mittel verfallen sind.
- In 2009 verschärft sich das Problem zusätzlich, da man bei der Antragsstellung für 2009 noch von einer generellen Kofinanzierung der Mittel außerhalb der Verdichtungsräume ausging. Also auch für Naturschutzverbände, was die EU jedoch gerügt hatte.
- Von Jahr zu Jahr wird die Abrechnung für Verbände und Verwaltung komplizierter und ist zwischenzeitlich selbst für Erfahrene nicht mehr voll durchschaubar.
- Landschaftspflege wird mehr und mehr von personellen (Verwaltungs-)Kapazitäten und Abrechnungsmodalitäten gesteuert – weniger von sachlichen Notwendigkeiten. Es können nicht nur kofinanzierungsfähige Projekte beantragt und durchgeführt werden. Dies wäre fatal!

Beispiele aus zwei Regionen:

- zur Situation im Regierungsbezirk Stuttgart

Ein Drittel weniger Geld für Kreispflegeprogramme sowie für direkte Pflegeaufträge des Naturschutzreferates stehen zur Verfügung. Wenn Maßnahmen aus beiden Töpfen in einem NSG/auf einer Gemarkung fehlen, macht dies in der Summe natürlich eine deutlich stärkere Kürzung! Der *NABU-Kreisverband Esslingen* erhält wahrscheinlich keine Mittel. Im Landkreis Ludwigsburg gibt es empfindliche Kürzungen im Kreispflegeprogramm.

- zur Situation im Regierungsbezirk Karlsruhe

Mindestens so schlecht sieht es in Karlsruhe aus. Das Regierungspräsidium hat pauschal eine Mittelkürzung von 60 % vornehmen müssen und die Priorisierung von Anträgen an die Unteren Naturschutzbehörden übertragen. Die pauschale Mittelkürzung liegt unter anderem daran, dass sich durch die forcierte Erstellung der MaP's von '08 - '09 der dafür aufzubringende Mittelbedarf auf fast das Dreifache erhöht hat.

Zuschussempfänger berichteten von Kürzungen zwischen 50 und 70 %. (Anm.): Der *Landschaftspflegehof Birkenhof* hat 4.500 € statt der beantragter 16.000 € erhalten. Der Hof hat sich auf die Beweidung von hochwertigen Naturschutzflächen spezialisiert, wie z.B. das zukünftige NSG Ehem. Flugplatz in Karlsruhe. Die *NABU-Gruppe Horb* erhält statt der beantragten 5.000 € nichts.

Dem *Landratsamt Neckar-Odenwald-Kreis*, im Wahlkreis von Minister Peter Hauk, standen 2008 163 T€ für den Naturschutz zur Verfügung, 2009 wurden „Wünsche“ i.H.v. 192 T€ angemeldet – jedoch nur 85 T€ bewilligt. Da ungefähr die Hälfte aller Maßnahmen EU-kofinanziert sind, können durch das Fehlen nationaler Mittel EU-Mittel nicht abgerufen werden. Die Pflege seit Jahren betreuter Naturschutzflächen muss eingestellt werden.

Die Landkreise Freudenstadt und Karlsruhe Land gehören zu denjenigen, welche die meisten Naturschutzprojekte des Regierungsbezirks durchführen; auch aufgrund der Naturausstattung beider Kreise. Hier treffen die Mittelkürzungen zahlreiche fachlich prioritäre Projekte. In Freudenstadt können nur 50 % der beantragten Mittel bewilligt werden, im Kreis KA-Land nur 60%. In beiden Landkreisen wurden Anträge bzgl. ihrer fachlichen Bedeutung und ihrer Sachnotwendigkeit priorisiert. Im Landkreis Freudenstadt fallen beispielsweise Beweidungsmaßnahmen von Wiesen im Grindenschwarzwald weg (rund 3/4 der notwendigen Anträge für Beweidungsmaßnahmen fallen weg). Zahlreiche Landwirte sind ob der zu befürchtenden Mittelkürzungen sehr aufgebracht.

4 Ein düsterer Ausblick

Das Problem der fehlenden Mittel wird sich in den folgenden Jahren noch erheblich verschärfen, da

- die Kosten für die Erstellung der MaP's weiterhin steigen bzw. sehr hoch sein werden.
- erhebliche Mittel für die Umsetzung der Vorgaben der MaP's benötigt werden.
- Kosten für das Monitoring (Dauerbeobachtung der Bestände von Arten und Lebensräumen) hinzukommen.

Insgesamt gibt es im Land 350 Natura 2000-Gebiete, was 17,3 % der Landesfläche entspricht. Sieben MAPs sollen pro Jahr und Regierungsbezirk erstellt werden. Geschätzte Kosten für die landesweite Umsetzung von Natura 2000 pro Jahr ab 2010 (ohne Vertragsnaturschutz, LT-Drs. 14/4560): 3,6 Mio. € für die Erstellung der MaP's sowie 3,8 Mio. € für das Monitoring und die Bearbeitung der Grundlagen zur Erfüllung der Berichtspflicht an die EU. Geld für Maßnahmen zur Umsetzung der MaPs ist hier nicht eingerechnet – man schätzt landesweit jährlich ca. 20 Mio. € zusätzlich, wenn alle MaPs fertig sind.

Insgesamt ergibt sich ein Mehrbedarf von jährlich 7,4 Mio. €, der zu 40% von der EU kofinanziert werden kann (ca. 3 Mio. pro Jahr).

Ab dem Haushalt 2010 benötigt das Land 4,4 Mio. € für die Umsetzung von Natura 2000 und dann laufend mehr bis zu den o.g. 20 Mio € jährlich! In 2009 stehen in beispielsweise Stuttgart und Karlsruhe rund 1 Mio. € zur Verfügung aber auch zu Lasten der seitherigen Pflegemaßnahmen! Unterstellt, dass die Situation in den Regierungsbezirken Tübingen und Freiburg ähnlich ist, stehen insgesamt 2 Mio. € zur Verfügung. Ergibt einen zusätzlichen Bedarf von fast 2,5 Mio. € Naturschutzmittel allein für die planerische Umsetzung von Natura 2000. Hinzu kommen dann noch die ganz konkreten Vertragsnaturschutzmaßnahmen, großenteils ebenfalls über die LPR zu finanzieren. Also entstehen weitere Kosten!

Für die Jahre 2010ff. verschärft sich die Entwicklung also nochmals und der Naturschutzhaushalt muss allein für die planerischen Grundlagen von Natura 2000 mindestens um 2 Mio. € erhöht werden, wenn man den Status quo halten will, da die Erstellung der MaP's sowie Monitoring und Berichtspflicht ab 2010 noch deutlich mehr Mittel binden, also freie Mittel für Pflege weiter deutlich weniger werden. MaP's zu erstellen ohne Geld für die praktische Umsetzung gibt aber keinen Sinn. Daher wird der Mittelbedarf in der Summe nochmals höher (s.o.).

5 Fazit

- Für 2009 fehlen noch 2,5 Mio. € für Landschaftspflegemaßnahmen (Teile B-E der LPR).
- Im ganzen Land werden zurzeit erfolgreiche und bewährte Naturschutzprojekte empfindlich gekürzt. Insbesondere die ehrenamtliche Basis, Städte, Gemeinden und auch Landwirte sind letztendlich davon betroffen.
- Der Mittelbedarf zur Erfüllung der Pflichtaufgaben (Natura 2000) und zur Fortsetzung der bewährten Projekte wird weiter anwachsen. „Neue“ Projekte (Biosphärengebiet, PLENUM etc.) erhöhen den Mittelbedarf.
- Die unterschiedlich hohen Kosten für die MaP-Erstellungen zwischen den Regierungspräsidien können nicht die Hauptursache für die Mittelknappheit sein, wie dies von ministerieller Seite dargestellt wird. Obwohl es durchaus Unterschiede in den Kosten für MaPs gibt, regeln in einer Marktwirtschaft Angebot und Nachfrage den Preis. Zahlreiche Planungsbüros arbeiten außerdem schon heute bei der MaP-Erstellung nahezu im Dumpingbereich. Geringere Kosten für MaPs können sich negativ auf die Qualität der MaP-Bearbeitung auswirken.
- Bei den LPR-Anträgen in den Regierungspräsidien gibt es nur wenige, welche aus naturschutzfachlicher Sicht nicht sinnvoll sind. Auch bei bester Prioritätensetzung der Anträge in

den Regierungspräsidien wären nicht genügend Geldmittel vorhanden, um alle prioritären Anträge in voller Höhe bewilligen zu können.

- Wenn das Land Baden-Württemberg den Verlust der biologischen Vielfalt bis zum Jahr 2010 stoppen möchte - dies ist erklärtes und verpflichtendes Ziel! – sind nochmals zusätzliche Mittel bereit zu stellen!
- Naturschutz ist in den letzten Jahren zu einem verlässlichen Partner für Landwirte und Pflegebetriebe sowie Verbände geworden. Dieser Ruf geht nun verloren. Naturschutz erleidet einen Imageverlust. Eine Zusammenarbeit mit Bauern, die nicht fortgeführt werden kann, ist nicht so schnell wieder aufzubauen.
- Für verschiedene Gemeinden ist die derzeitige Situation außerdem willkommener Anlass, eigene Naturschutzmittel auch zu streichen.

6 Forderungen

- Der Mittelfluss im Naturschutzbereich sollte ab sofort Ebene für Ebene (MLR -> RPs -> UNBs [-> Kommunen] -> Antragsteller) transparent gemacht werden. Sachlich begründete Prioritätensetzungen müssen die Grundlage für die Steuerung der Naturschutzmittel sein. Nur so kann eine entstehende Naturschutzstrategie Wirkung entfalten.
- Das Land muss kurzfristig im Sommer 2009 rund 3 Mio. Euro zusätzlich für den Naturschutz bereit stellen, um die Notlage im Naturschutz zu beseitigen.
- Das Land sollte mittelfristig einen Pakt zum Schutz von Natur und Heimat schließen. Ein Pakt des Landes für Natur- und Heimatschutz – wie im Sportbereich – könnte eine Hilfe darstellen: bessere Finanzplanung und zusätzliche Naturschutzmittel zur Erfüllung der Pflichtaufgaben im Naturschutz.
- Ein Pakt für Natur- und Heimatschutz sollte eine umsetzungsorientierte Naturschutzstrategie für Baden-Württemberg flankieren.